

Cannabis

Regulieren

Ein Praxisleitfaden

KURZFASSUNG

DRITTE AUFLAGE
AKTUALISIERT & ERWEITERT

Transform Drug Policy Foundation

Getting drugs under control

Transform ist eine unabhängige, gemeinnützige Organisation aus dem Vereinigten Königreich, die eine Welt anstrebt, in der die Drogenpolitik die Gesundheit fördert, Personen in schwierigen Lebenslagen schützt und die Sicherheit von Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Zu diesem Zweck klären wir die Öffentlichkeit und politisch Verantwortlichen über wirksame Drogenpolitik auf; wir entwickeln tragfähige Alternativen zur Prohibition; geben all jenen eine Stimme, die direkt von drogenpolitischen Fehlern betroffen sind; und wir unterstützen politisch Verantwortliche und Fachkräfte aus der Praxis bei der Umsetzung von Verbesserungen.

Unser derzeitiges System der Drogenprohibition verfehlt die Interessen aller. Daher sind wir der Auffassung, dass die derzeit illegalen Drogen mittels eines risikobasierten Lizenzsystems legal reguliert werden sollten.

Zusätzlich zu unserem Langzeitziel setzen wir uns aktiv für pragmatische Änderungen in der Drogenpolitik ein, die jeden Tag Leben retten können. Diese umfassen die Entkriminalisierung, Maßnahmen zur Reduzierung des Kontakts mit Polizei und Justiz, Drogenkonsumräume und Drug Checking.

Die von der Drogenpolitik verursachten Schäden betreffen Menschen aus der gesamten Gesellschaft. Über unsere Kampagne Anyone's Child bieten wir Menschen, die persönliche Erfahrungen mit der gescheiterten Drogenpolitik gemacht haben, Möglichkeiten, sich Gehör zu verschaffen.

Die Transform Drug Policy Foundation ist eine im Vereinigten Königreich eingetragene gemeinnützige Organisation (#1100518) und Gesellschaft mit beschränkter Haftung (#4862177)

Einführung

Dies ist die dritte Auflage unseres Praxisleitfadens zur Regulierung legaler Märkte für die nichtmedizinische Verwendung von Cannabis. Er richtet sich an politische Entscheidungsträger*innen, Befürworter*innen von Reformen und betroffene Gemeinschaften auf der ganzen Welt, die beobachten, wie sich die legale Regulierung von Cannabis vom Randthema zu einem zentralen Gegenstand politischer Debatten bewegt. Zur Frage steht nicht mehr nur: „Sollten wir die Cannabisprohibition aufrechterhalten?“, oder „Wie wird die legale Regulierung in der Praxis funktionieren?“, sondern auch: „Was können wir aus den bisherigen Legalisierungsbestrebungen lernen?“.

Transform veröffentlichte erstmals *Cannabis regulieren: Ein Praxisleitfaden* im Jahr 2013, kurz nachdem Colorado und Washington auf bundesstaatlicher Ebene Gesetze zur Legalisierung von Cannabis verabschiedet hatten und kurz bevor der lizenzierte Verkauf von Cannabis begann. Seitdem hat sich die cannabispolitische Landschaft grundlegend verändert. Neben einer stetig wachsenden Zahl von Gesetzesinitiativen zur Legalisierung von Cannabis auf bundesstaatlicher Ebene in den USA, die inzwischen eine zweistellige Zahl erreicht hat, sind andernorts auch Schritte auf nationaler Ebene erfolgt: In Uruguay, Kanada, Mexiko und Malta sowie Staaten, die sich im Prozess dorthin befinden, darunter Luxemburg, die Schweiz, Deutschland, Israel, Südafrika und Staaten in der Karibik. Transform war von Anfang an dabei und hat zusammen mit seiner Partnerorganisation

México Unido Contra la Delincuencia die Regierung von Uruguay bei der Ausarbeitung des Entwurfs zur Regulierung von Cannabis berated unterstützt. Seither sind weitere Länder an uns herangetreten, um auf unsere Expertise bei der Entwicklung neuer politischer Rahmenbedingungen für den Umgang mit Cannabis zurückzugreifen.

Die Reformen schreiten rasch voran. Wir nähern uns schnell einer halben Milliarde Menschen, die in Regionen leben, in denen Cannabis legal ist. Die hinzugewonnenen Erkenntnisse aus jenen neuen legalen Märkten wurden in diese aktualisierte und erweiterte Auflage eingearbeitet, einschließlich detaillierter neuer Kapitel über Programme zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit, Tilgung von Vorstrafen und Verringerung des Risikos einer Überkommerzialisierung und Monopolisierung des Marktes und einhergehenden unverhältnismäßigen politischen Einflussnahme durch wenige marktdominierende Konzerne .

Um bei den wichtigsten Herausforderungen, die mit der Entwicklung und Umsetzung eines wirksamen Regulierungsansatzes verbunden sind, Hilfestellung zu bieten, hat Transform für diejenigen, die sich mit der Cannabispolitik befassen, in internationaler Zusammenarbeit mit Kolleg*innen diesen Praxisleitfaden erstellt – für eine Welt, in der die Drogenpolitik die Gesundheit fördert, Personen in schwierigen Lebenslagen schützt und die Sicherheit von Menschen in den Mittelpunkt stellt.

- **Abschnitt 1** stellt die **konzeptionellen Grundlagen** eines verantwortungsvollen Regulierungsansatzes vor.
- **Abschnitt 2** behandelt die **Einzelheiten der verschiedenen, zu regulierenden Bereiche** eines Cannabismarkts, einschließlich der

wichtigsten Herausforderungen und allgemeinen Empfehlungen für bewährte Vorgehensweisen.

- **Abschnitt 3** befasst sich mit **speziellen Thematiken**, die parallel zu den allgemeineren Fragen der Marktregulierung auf nationaler und internationaler Ebene im Zusammenhang mit Cannabis aufkommen.

Die Debatte über die Legalisierung und Regulierung von Cannabis wird seit ihrem Verbot geführt. Aber sie nähert sich schließlich ihrem Ende. Die Befürwortung eines auf Strafe setzenden, prohibitionistischen Ansatzes nimmt rapide ab, während pragmatische Reformen in der politischen Öffentlichkeit entscheidend an Zuspruch gewinnen.

Eine zentrale Erkenntnis aus den bisherigen Legalisierungen ist die Notwendigkeit, frühzeitig zu handeln. Wenn die rechtlichen Rahmenbedingungen nicht von vornherein ausreichend darauf ausgelegt sind, eine Überkommerzialisierung und Monopolisierung zu verhindern und einen fairen Zugang zum Markt zu fördern, wird es die Politik später wahrscheinlich schwer haben einzulenken. Deswegen fordern wir die für die Regulierung verantwortlichen Personen auf, die Botschaften dieses Leitfadens zu beherzigen und sorgfältig zu prüfen, wie eine Cannabispolitik entwickelt werden kann, die die Versprechen erfüllt, die auf dem Weg zur Reform gegeben wurden. Wir hoffen, dass die detaillierte Auseinandersetzung in diesem Leitfaden zu einer für alle gelingenden Cannabislegalisierung verhelfen wird.

Ziele und politische Strategien

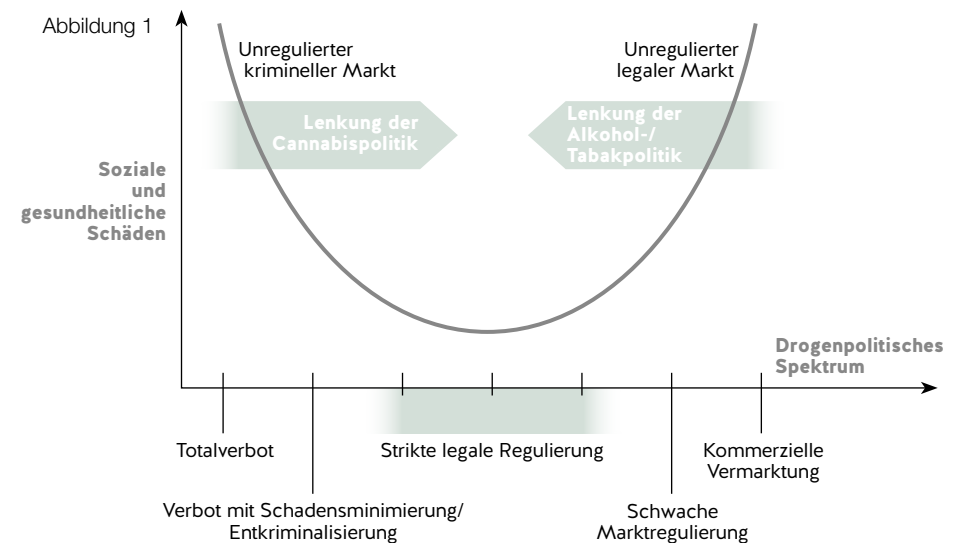
Im Gegensatz zu den vage gehaltenen ideologischen oder politischen Absichten der Prohibition, haben wir folgende Ziele für eine wirksame Cannabispolitik definiert:

- Achtung, Schutz und Förderung der Menschenrechte
- Schutz und Förderung der Öffentlichen Gesundheit
- Förderung der sozialen Gerechtigkeit, Verbesserung der globalen Entwicklungsperspektiven und Einbindung der am stärksten von den Verboten geschädigten Gemeinschaften in die Entwicklung politischer Maßnahmen
- Verringerung von Kriminalität, Korruption und Gewalt im Kontext des Drogenhandels
- Schutz vor übermäßigem privatwirtschaftlichem Einfluss auf die Gesetzgebung
- Begrenzung der Anreize für die Erzielung von Gewinnen aus problematischem Cannabisgebrauch
- Schutz junger und vulnerabler Personen vor möglichen Schäden
- Einbindung klarer Kennzahlen zur Messung von Entwicklungen und Bestimmung von Erfolg sowie die Einbindung von Evaluationsverfahren

Das breite Spektrum der Möglichkeiten, Cannabis zu regulieren, reicht von der Prohibition (mit einer mehr oder weniger strikten Strafverfolgung) über verschiedene Regulierungsmodelle mit einem unterschiedlichen Ausmaß an staatlicher Lenkung bis zu im Kern unregulierten, freien Märkten. Die Regulierungsmodelle in der Mitte des drogenpolitischen Spektrums zwischen den Extremen des Totalverbots und den unregulierten freien Märkten eignen sich am besten zur Erreichung der oben genannten Ziele.

Bei den Optionen am jeweiligen Rand des Spektrums handelt es sich um grundsätzlich unregulierte Märkte, die entweder von

kriminellen oder legal tätigen Unternehmen kontrolliert werden und in denen Regierungen die Möglichkeit verloren haben, zu intervenieren und sicherzustellen, dass diese Ziele erreicht werden. Dagegen kann der Staat in gesetzlich regulierten Systemen unterschiedliche Weise intervenieren.



Cannabis regulieren: Ein Praxisleitfaden ist in Kapitel gegliedert, die jeden Bereich der Regulierung und die uns zur Verfügung stehenden Instrumente zur Regulierung erörtern. Diese Analyse stützt sich auf Erkenntnisse aus verwandten Politikbereichen – insbesondere aus dem Arzneimittelrecht – und bestehenden Modellen zur Regulierung von medizinischem und nichtmedizinischem Cannabis. Der Leitfaden thematisiert die häufigsten Bedenken und wichtigsten Herausforderungen im Kontext der Reform der Cannabispolitik, von Produktion, Besteuerung und Wirkpotenzial bis hin zu Vorstrafen, privatwirtschaftlicher Einflussnahme auf politische Prozesse und Chancengleichheit.

Die zentralen Schlussfolgerungen dieses Leitfadens sind:

- **Minimierung des Risikos einer Überkommerzialisierung** - Die Geschichte legaler Drogenmärkte ist voller Beispiele, in denen kommerzielle Interessen über die Öffentliche Gesundheit gestellt wurden. Die für die Regulierung zuständigen Akteure sollten aus diesen Erfahrungen lernen und sicherstellen, dass der legale Cannabishandel für Manipulationen durch kommerzielle Interessen unanfällig ist.
- **Soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt politischer Gestaltung und Umsetzung** - Die Politik sollte nicht nur sicherstellen, dass die Vorteile der Reformen gerecht verteilt werden und sich die Ungerechtigkeiten der Vergangenheit nicht fortsetzen, sondern auch, das verheerende Erbe des Drogenkriegs angehen: anhand der Tilgung der Vorstrafen und der Beteiligung und Förderung der durch die Prohibition ungleich stärker geschädigten betroffener Gemeinschaften.
- **Zentrale Rolle der Wissenschaft im politischen Entscheidungsprozess** - Cannabispolitik sollte nicht von Ideologien oder politischen Interessen geleitet werden, sondern auf wissenschaftlichen Erkenntnissen darüber beruhen, wie mögliche Schäden minimiert und mögliche Vorteile bei der Herstellung und dem Gebrauch von Cannabis maximiert werden können.
- **Vorsicht ist besser als Nachsicht** - Die Cannabisregulierung sollte zumindest anfangs im Zweifel eher zu restriktiv gefasst sein als zu wenig. Auch hier zeigt die Erfahrung mit Alkohol und Tabak, dass Bemühungen zur wieder strengeren Gestaltung von etablierten und kulturell verankerten Rahmenbedingungen aufgrund des Widerstands der Branchen schwer umsetzbar sind.

Zur konkreten Ausgestaltung der Regulierung

a Produktion

- Die Regulierung der Produktion sollte im Kern zwei Ziele verfolgen: die Garantie von Produktsicherheit und -qualität durch geeignete Testverfahren, Evaluation und Überwachung der Produktionsprozesse und die Absicherung der Produktionssysteme, um Abzweigungen auf unregulierte, illegale Märkte vorzubeugen.
- Legale Cannabisproduktion kann verschiedene Formen annehmen – im kleineren Umfang Eigenanbau und sogenannte ‘Cannabis Social Clubs’ (Anbauclubs) oder im größeren Umfang als profitorientierte Unternehmen, die einer unterschiedlich starken staatlichen Aufsicht unterliegen können. Jedes Modell hat seine eigenen Herausforderungen, aber funktionierende Beispiele für die meisten – die sowohl gute als auch schlechte Vorgehensweisen in Bezug auf Chancengleichheit und Nachhaltigkeit vorweisen – sind bereits an verschiedenen Orten auf der Welt in Gange.
- Da sich die Marktmodelle von der heimischen Produktion zunehmend zum internationalen Handel entwickeln, ist es wichtig, Regulierungen im Sinne der nachhaltigen Entwicklung zu prüfen; die Auswirkungen von Cannabisreformen auf die Entwicklung der traditionellen Anbauregionen dürfen nicht vernachlässigt werden.

b Preis

- Die politische Preisbildung ist ein wichtiges und flexibles Instrument zur Beeinflussung der Dynamik legaler Cannabismärkte, sollte aber mit Bedacht eingesetzt werden, um das Risiko unvorhersehbarer oder negativer Auswirkungen auf die Funktionsweise des Marktes zu verringern.
- Bei der Regulierung von Preisen müssen oft widersprüchliche Prioritäten abgewogen werden, beispielsweise zwischen dem Wunsch, den Konsum unattraktiver zu gestalten (durch höhere Preise) und dem Wunsch, die Größe der illegalen Märkte zu verringern (durch niedrigere Preise).
- Eine sorgfältige Evaluation ist für die Entwicklung der Preispolitik von entscheidender Bedeutung. Anpassungen müssen sich aus den gewonnenen Erkenntnissen, Veränderungen im Konsumverhalten und lokalen Notwendigkeiten ableiten.

c Besteuerung

- Es gibt eine Reihe von Möglichkeiten, wie über einen legalen Cannabismarkt Steueraufkommen generiert werden kann. Sie müssen jedoch darauf ausgerichtet sein, die oben genannten, übergeordneten politischen Ziele zu unterstützen, statt sie zu untergraben.
- Der Gesamtbetrag des Steueraufkommens hängt vom gewählten Modell und der Größe des steuerpflichtigen Marktes ab. Die Veränderungen, die bei beiden im Laufe der Zeit möglicherweise vorgenommen werden, lassen Vorhersagen über die Höhe des Gesamtbetrags nur schwer zu.
- Die Maximierung des Steueraufkommens sollte nicht die vordergründige politische Motivation sein; das

Steueraufkommen sollte eher als willkommener Zusatznutzen betrachtet werden.

- Ein System, das sowohl Produktion als auch Verkauf besteuert – wobei der THC-Gehalt (psychoaktive Substanz von Cannabis) nach Gewicht die besteuerebare Einheit darstellt – ist ein sinnvoller Ausgangspunkt für die Diskussion, die Modelle müssen aber den Erfordernissen und konkreten Gegebenheiten des lokalen politischen Kontexts und den bestehenden steuerlichen Bestimmungen angepasst werden.
- Die Zweckbindung staatlicher Einnahmen an Ausgaben für soziale Maßnahmen mag zwar politisch attraktiv sein, kann in der Praxis jedoch zu Problemen führen.

d Zubereitung und Art des Gebrauchs

- Da Cannabis auf vielfältige Weise verarbeitet und unterschiedlich konsumiert werden kann, müssen Regulierungsmodelle unter Berücksichtigung der lokalen Gebrauchsmuster entwickelt werden.
- Die Risiken des Cannabisgebrauchs hängen von Zubereitung, Dosierung, Wirkpotenzial und Konsumform ab. Die Regulierung kann die Risiken verringern, indem sie die Verwendung von Produkten fördert, die harmloser sind, insbesondere solcher, die weniger stark sind; indem sie weniger schädliche Konsumformen unterstützt, speziell solche, bei denen nicht geraucht wird, wie bei der Verwendung von Verdampfern ('Vaporiser'); und indem sie sicherere Umgebungen für den Cannabisgebrauch schafft.

e Stärke/Wirkpotenzial

- Das Wirkpotenzial von Cannabis unterscheidet sich seiner Natur nach von der Stärke alkoholischer Getränke, da es mehr als eine psychoaktive Komponente enthält (deren Anteile sich auf das subjektive Erleben und die Risiken auswirken) und auf unterschiedliche Weise konsumierbar ist (was sich auf die Geschwindigkeit des Wirkungseintritts, die Wirkdauer und die gesamte Erfahrung auswirkt).
- Risiken, die durch das Wirkpotenzial bedingt sein können, lassen sich durch das Testen und die Überwachung von Produkten, eine deutlich erkennbare und exakte Etikettierung, einen verantwortungsvollen Verkauf und die Aufklärung über wirkstoffbedingte Risiken und verantwortungsvollen Gebrauch verringern.
- Dieses Maßnahmen-Paket ist wahrscheinlich zielführender und mit weniger Problemen verbunden als der Versuch, willkürliche Wirkstoff-Obergrenzen festzulegen – insbesondere wenn diese zu niedrig angesetzt sind.

f Verpackung

- Die Verpackung sollte in erster Linie kindersicher sein, um die Gefahr eines versehentlichen Verschluckens zu minimieren.
- Die Verpackung sollte außerdem fälschungssicher sein, einen angemessenen Umfang an Produktinhalt und Sicherheitsinformationen aufweisen und die Frische des Produkts bewahren.
- Bei der Regulierung der Cannabis-Produktverpackungen sollten die Erkenntnisse aus den politischen Versäumnissen bei den Alkohol- und Tabakverpackungen hinzugezogen werden. Beide zielen seit jeher darauf ab, den Gebrauch insbesondere unter jungen Menschen zu fördern oder initiieren.

- Bewährte Verpackungstechnologien für Lebens- und Arzneimittel können den Anforderungen an das Verpacken von Cannabisprodukten leicht angepasst werden.
- Anforderungen an die Umweltverträglichkeit sollten verbindlich auferlegt werden.

g Verkauf

- Weil das Verkaufspersonal über den jeweiligen Zugang von Personen zu Cannabis entscheidet ('Gatekeeper'), sind Vorschriften nötig, die dafür sorgen, dass die Droge so sicher und verantwortungsvoll wie möglich angeboten wird.
- Der Verkauf sollte daher lizenziert werden, und zwar durch eine Lizenzvergabe (bzw. -widerruf), die daran gebunden ist die Zugangskontrollen (insbesondere Alterskontrollen) ordnungsgemäß durchzuführen und den Kaufenden ausreichend Produkt- und Sicherheitsinformationen oder andere Ratschläge zur Verfügung zu stellen.
- Der Vorrang kommerzieller Interessen kann den verantwortungsvollen Verkauf untergraben. Um wirksam zu sein, muss ein Lizenzsystem daher strikt durchgesetzt und Schulungen für den Verkauf verpflichtend vorgeschrieben werden.
- Die Zielsetzung der Chancengleichheit muss von vornherein in der Gesetzgebung verankert werden, einschließlich einer Vergabepolitik, welche den Marktzugang für durch die Prohibition ungleich stärker geschädigte Personengruppen und für kleinere Unternehmen fördert – begleitet durch Schulungen sowie technische und finanzielle Hilfen –, um eine Überkommerzialisierung und Monopolisierung des Marktes zu verhindern und einen vielfältigen Markt zu gewährleisten.

h Kauf/Nutzer*innen

- Die Zugangsbeschränkungen für Käufer*innen/ Gebraucher*innen beinhalten: Alterskontrollen, Verhinderung von Großeinkäufen (d. h. Festlegung von Obergrenzen für die Einkaufsmenge pro Kopf) und Einschränkungen, wann und wo Cannabis konsumiert werden darf.
- Wo die Altersgrenze für den Zugang zu Cannabis festzusetzen ist, hängt von den jeweiligen Rahmenbedingungen vor Ort ab, aber 18 Jahre entspräche häufig den Altersbeschränkungen für Alkohol und Tabak. Altersgrenzen für den Zugang zu Cannabis müssen strikt durchgesetzt werden, um wirksam zu sein, und sollten durch evidenzbasierte Präventions- und Aufklärungsprogramme begleitet werden.
- Die Bestimmungen über die gestatteten Orten für das Rauchen/ Verdampfen ('Vaporisieren') von Cannabis sollten denjenigen entsprechen, welche derzeit für das Rauchen/Verdampfen von Tabak in der Öffentlichkeit gelten.

i Verkaufsstellen

- Die Bestimmungen für physische Verkaufsstellen – in Bezug auf Standort, Öffnungszeiten, Erscheinungsbild und geografische Dichte – sollten ein ausgewogenes Verhältnis herstellen, zwischen einerseits der Erreichung eines Angebotsniveaus, welches die Nachfrage von Erwachsenen abdeckt und das Angebot auf dem illegalen Markt reduziert, und andererseits der Vermeidung lokaler Überschüsse und hierdurch möglichen Anstieg des Gebrauchs.
- Das Erscheinungsbild von Einzelhandelsgeschäften sollte zweckmäßig sein und nicht verkaufsfördernd wirken.

- Die Vorschriften für Stätten, die den Konsum vor Ort erlauben und eine gemütliche und einladende Atmosphäre benötigen, sollten sich auf die Außenbeschilderung und Produktpräsentation in den Innenräumen konzentrieren.
- Der Verkauf über das Internet bedarf einer speziellen behördlichen Aufsicht und Lizenzierung. Davon abgesehen ist ihre Regulierung nach denselben Grundsätzen wie für den Verkauf in die Ladengeschäften, die Vermarktung usw. anzuwenden.

j Vermarktung

- Die Erfahrungen mit Alkohol und Tabak zeigen, wie Marketing dazu genutzt werden kann, Konsum zu initiieren und fördern und zu riskantem Verhalten zu ermutigen, sie beweisen aber auch, dass strikte Regulierungen solche Folgen wirksam eindämmen können.
- Ein umfassendes Verbot aller Marketingaktivitäten (wie es das Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs der Weltgesundheitsorganisation vorsieht) ist unbedingt umzusetzen. Teilverbote sind wahrscheinlich weit weniger wirksam, Tabakunternehmen behalten bei solchen Beschränkungen ihre Ausgaben für Werbung bei und leiten einfach mehr Geld in jene Marketingaktivitäten um, die weiterhin zugelassen sind.

Zentrale Herausforderungen

a Vorstrafen

- Vorstrafen sorgen für ein andauerndes Stigma, das Perspektiven im Berufs- und Privatleben einschränkt.
- Die Tilgung von Vorstrafen für die nun legalisierten Tatbestände aus dem Führungszeugnis ist ein wichtiger Bestandteil der Auseinandersetzung mit dem schädlichen Vermächtnis der Prohibition, der Anerkennung vergangenen Unrechts und Wiedergutmachung der ungleich stärkeren Schädigung von Minderheiten.
- Ein Verfahren zur automatischen und vollständigen Tilgung von Vorstrafen sollte bei jedem Reformprozess von vornherein gesetzlich verankert werden und in der Verantwortung der zuständigen Behörden, also nicht der einzelnen betroffenen Personen, liegen.

b Politische Einflussnahme durch marktdominierende Konzerne

- Eine privatwirtschaftliche Interessensverschiebung im politischen Prozess und die Entstehung privatwirtschaftlicher Monopole würde die Entwicklung einer wirksamen Gesetzgebung im Sinne der Öffentlichen Gesundheit und Verwirklichung der Ziele sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit untergraben.

Die Risiken einer Überkommerzialisierung und privatwirtschaftlichen Monopolisierung können durch die folgenden Maßnahmen reduziert werden: Aufnahme einer Regelung über eine gerechte Vergabe von Lizenzen in die initiale Gesetzgebung; Begrenzung der Anzahl der Einzelhandels- und Produktionslizenzen pro Unternehmen; Beschränkung der Teilhabe von Akteuren der Alkohol- und Tabakindustrie an den neu entstehenden Cannabismärkten; Einführung von Mechanismen zur Aufsicht der die Lobbyarbeit von Unternehmen; Gewährleistung der Koordination internationaler Zusammenarbeit, um sicherzustellen, dass der entstehende legale Cannabishandel die Ziele der nachhaltigen Entwicklung unterstützt.

c Cannabis im Straßenverkehr

- Die mit dem Fahren unter Drogeneinfluss verbundenen Risiken für Fahrende, Mitfahrende und andere Verkehrsteilnehmender rechtfertigen die Einstufung als besonderes Delikt und eine Staffelung von möglichen Sanktionen für Zuwiderhandelnde – verbunden mit Mitteln zur Aufklärung der Öffentlichkeit über die Risiken und rechtlichen Folgen.
- Die genaue THC-Konzentration im Blut ist ohne Labor schwer bestimmbar und der Zusammenhang zwischen der Konzentration im Blut und der Beeinträchtigung der Fahrtüchtigkeit weniger eindeutig als der entsprechende Zusammenhang bei Alkohol – was die Durchsetzung von Richtlinien erschwert.
- Angesichts dieser Problematik empfehlen wir eine Vorgehensweise, die sich an der Wirkung bemisst. Körperflüssigkeiten sind nur dann zu untersuchen, wenn der aktuelle Konsum im Anschluss an einen erfassten Verkehrsverstoß festgestellt werden soll oder wenn ein standardisierter Nüchternheitstest, der geeignet ist,

Cannabis-bedingtes Verhalten zu messen, Hinweise auf Beeinträchtigungen gegeben hat.

- Der Grenzwert für die THC-Konzentration im Blut, ab dem Staatsanwaltschaften vernünftigerweise davon ausgehen können, dass eine Person am Steuer kürzlich Cannabis konsumiert hat, sollte anhand der besten derzeit verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse bestimmt werden. Aktuell wird in der Fachliteratur davon ausgegangen, dass ungefähr sieben bis zehn Nanogramm THC pro Milliliter Blut ein angemessener Wert für die Festlegung des Grenzwerts ist.
- Der Mischkonsum von Alkohol und Cannabis stellt ein weitaus größeres Sicherheitsrisiko dar und sollte mit niedrigeren Grenzwerten für beide verbunden werden.
- Null-Toleranz-Grenzwerte bzw. Sanktionen für die prinzipielle Auffindbarkeit von THC im Blut sollten unterlassen werden, da sonst auch Personen, die nicht unbeeinträchtigt fahren, strafrechtlich belangt werden.

d Das Zusammenspiel der Regulierungssysteme für den medizinischen und nichtmedizinischen Cannabisgebrauch

- Es braucht eine klare Unterscheidung zwischen den politischen und rechtlichen Herausforderungen bezüglich medizinischer und nichtmedizinischer Cannabisprodukte, damit die parallel laufenden und sich überschneidenden Entwicklungen in der Forschung und Politik einander unterstützen statt beeinträchtigen.
- Die beiden Bereiche wurden oft miteinander vermischt und obwohl dies in manchen politischen Belangen sicherlich nützlich war, verbergen sich in diesem Ansatz auch praktische und politische Risiken. Sofern es keinen ausdrücklichen Grund

e Synthetische Cannabinoide

- Es ist vergleichsweise wenig über die steigende Anzahl von (über 100 identifizierten) synthetischen Cannabinoiden (neuartigen psychoaktiven Substanzen, die einige Wirkungsweisen von Cannabis imitieren) und die unregulierten Produkte, die sie enthalten, bekannt, sie sind aber oft hochpotent und mit größeren Risiken verbunden als Cannabis.
- In einem System der legalen Cannabisregulierung sollten synthetische Cannabinoide für den nichtmedizinischen Gebrauch grundsätzlich ausgeschlossen sein. Der Besitz sollte jedoch nicht sanktioniert, sondern passende Maßnahmen zur Schadensminimierung und Behandlung sollten zugänglich sein.
- Die Ausbreitung des Marktes für synthetische Cannabinoide wurde durch das Cannabisverbot angetrieben und wird mit der Beendigung des Cannabisverbots maßgeblich zurückgehen.

f 'Cannabistourismus'

- Das Potenzial, dass legal verfügbares Cannabis zu einem Anstieg des Tourismus oder grenzüberschreitenden Transports zwischen legalen und prohibitionistischen Ländern führen könnte, ist ein reales, wenn auch weithin überbewertetes Problem.
- Tourismus im Zusammenhang mit Cannabis ist vergleichsweise unproblematisch und kann dem Reiseziel wirtschaftliche Vorteile bringen.
- Vor allem in föderalistischen Regionen mit offenen Grenzen zwischen Ländern, die unterschiedliche Regelungen haben (wie in den USA und der EU), ist ein punktuell, länderübergreifendes Mitführen ein erwartbares Problem, das jedoch pragmatisch und ohne hohe Schwellen für den Zugang zum Markt oder teure und wahrscheinlich kontraproduktive Grenzüberwachung gelöst werden kann.

- Dabei handelt es sich wahrscheinlich um ein kleines und örtlich begrenztes Problem, welches im Laufe der Zeit abnehmen wird, je mehr Länder dazu übergehen, Cannabis zu regulieren.

g Cannabis und die Einheitsübereinkommen der Vereinten Nationen

- Das veraltete, unflexible und kontraproduktive globale Drogenkontrollsystem – in Form der drei UN-Konventionen und ihren zugehörigen Organisationen – ist über 50 Jahre alt und bedarf einer längst überfälligen, zweckdienlichen Reform.
- Ihre jetzige Formulierung verbietet regulierte Cannabismärkte für den nichtmedizinischen Gebrauch, aber der Wille einer stetig wachsenden Zahl von Staaten, diese Märkte zu erschließen, treibt die Debatte voran.
- Mechanismen zur Reformierung der UN-Konventionen – Anpassung, Erweiterung, Ersetzung u. a. – sind in ihnen implementiert, allerdings können sie von prohibitionistischen Mitgliedstaaten stets mit einem Veto blockiert werden.
- Es braucht wahrscheinlich einseitige oder zwischen Gruppen gleichgesinnter Staaten koordinierte Maßnahmen, um umfassende Strukturreformen zu veranlassen. Die Handlungsspielräume, über die Staaten verfügen, sind: Austritt aus einem oder mehreren Verträgen; Austritt und Wiedereintritt unter Vorbehalt zu bestimmten Artikeln; Ausloten von Optionen für Reformen zwischen gleichgesinnten Staaten; oder vorübergehend einen ‘respektvollen’ Status der Nichteinhaltung einnehmen, während multilaterale Reformvorschläge sondiert werden.
- Alle den reformierenden Mitgliedsstaaten zur Verfügung stehenden Optionen sind komplexe rechtliche sowie diplomatische Herausforderungen und mit realen (wenn auch abnehmenden) politischen Kosten verbunden. Trotz

der diplomatischen und institutionellen Trägheit ist jedoch festzustellen, dass die Verfehlungen der Cannabisprohibition sowohl innerhalb von Staaten als auch auf internationaler Ebene das Kräfteverhältnis nun zugunsten von Reformen verschieben.

Das Buch kann als Printausgabe erworben werden und ist als kostenloser Download verfügbar. Für die englischsprachige Originalfassung und alle Übersetzungen besuchen Sie: www.transformdrugs.org

Alle Informationen zur deutschsprachigen Fassung erhalten Sie unter: www.legalisierung.info

Übersetzung und Projektleitung: #MyBrainMyChoice Initiative, mit Unterstützung von Students for Sensible Drug Policy (SSDP) Berlin.

In Kooperation mit der Transform Drug Policy Foundation und dem Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik Akzept e. V.

Die deutschsprachige Publikation wurde durch eine Förderung der Stiftung Open Society Institute in Kooperation mit den Global Programs der Open Society Foundations ermöglicht.

Bei Rückfragen:

leitfaden@mybrainmychoice.de

„Dieser Leitfaden ist eine weltweit unverzichtbare Lektüre für politische Akteure, die erkannt haben, dass die Cannabisprohibition gescheitert ist. In umfassendem Detail erörtert er pragmatische und evidenzbasierte Ansätze für die Regulierung der weltweit am häufigsten gebrauchten illegalen Droge.“

Professor **David Nutt**

Vorsitzender von DrugScience

Cannabis regulieren: Ein Praxisleitfaden

DRITTE AUFLAGE

Dies ist die dritte Auflage unseres Leitfadens zur Regulierung legaler Märkte für die nichtmedizinische Verwendung von Cannabis. Er richtet sich an politische Entscheidungsträger*innen, Befürworter*innen von Reformen und betroffene Gemeinschaften auf der ganzen Welt, die beobachten, wie sich die legale Regulierung von Cannabis vom Randthema zu einem zentralen Gegenstand politischer Debatten bewegt. Zur Frage steht nicht mehr nur: „Sollten wir die Cannabisprohibition aufrechterhalten?“, oder „Wie wird die legale Regulierung in der Praxis funktionieren?“, sondern auch: „Was können wir aus den bisherigen Legalisierungsbestrebungen lernen?“

Seit der ersten Veröffentlichung im Jahr 2013 hat sich die cannabispolitische Landschaft grundlegend geändert. Eine Vielzahl von Staaten hat regulierte Marktmodelle für die nichtmedizinische Verwendung von Cannabis entwickelt oder eingeführt. In den vergangenen zehn Jahren wurde Transform von verschiedenen Ländern gebeten, sie bei der Entwicklung ihrer neuen politischen Rahmenbedingungen zu beraten.

Diese aktualisierte und erweiterte Neuauflage stützt sich auf die praktischen Erkenntnisse von Transform sowie die jüngsten Studien aus den neuen legalen Cannabismärkten. Sie enthält detaillierte neue Kapitel über Programme zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit, Tilgung von Vorstrafen und Verringerung des Risikos einer Überkommerzialisierung des Marktes und politischen Interessensverschiebung zugunsten marktdominierender Konzerne. Dieses Buch wird all jenen, die sich für Cannabispolitik interessieren, eine Hilfestellung zu den zentralen praktischen Herausforderungen bei der Entwicklung und Umsetzung eines wirksamen Regulierungskonzepts sein, das darauf abzielt, eine Welt zu schaffen, in der die Drogenpolitik die Gesundheit fördert, Personen in schwierigen Lebenslagen schützt und die Sicherheit von Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Übersetzung und Projektleitung: [#MyBrainMyChoice](#)
Initiative, mit Unterstützung von [Students for Sensible
Drug Policy \(SSDP\)](#) Berlin [#MYBRAINMYCHOICE](#)

TRANSFORM
Drug Policy Foundation

Gedruckt auf Recycling-Papier